

SPD demokratischer pressediens

P/XXV/161

28. August 1970

Die CDU robbt sich heran

Programmentwurf nähert sich SPD-Regierungsprogramm von 1961

Von Martin Hirsch MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

(Seite 1 - 2 / 82 Zeilen)

Vor dem Abschluß der DDR-"Denkpause"

Bonn wartet auf den Gesprächsauftritt aus Ostberlin

(Seite 3 - 3a / 56 Zeilen)

Über den Daumen gepeilt

Die Milchmädchenrechnung des CDU-Politikers Dr. Stoltenberg

(Seite 4 / 40 Zeilen)

Eider-Sperrdamm schützt vor Nordseesturmflut

Eine der größten Wasserbauten unserer Zeit

(Seite 5 / 35 Zeilen)

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Kurz notiert

Kurz informiert

Amerika, hast du es besser?

Gleichberechtigung in den USA erst jetzt verfassungsmäßig

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 2, Neussallee 2-10
Postfach: 9166
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 38
Telex: 699 849/896 847/
699 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Die CDU robbt sich heran

Programmewurf nähert sich SPD-Regierungsprogramm von 1961

Von Martin Hirsch MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Als Bundeskanzler Willy Brandt in seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 namens der von ihm geführten sozialliberalen Regierung Gesetzesinitiativen für einen besseren Umweltschutz ankündigte, glaubten einige Abgeordnete der CDU/CSU-Opposition, darauf noch mit Gelächter reagieren zu sollen. Ihnen war offenbar entgangen, daß die Zeiten vorbei waren, in denen man noch ungestraft die Programm-Forderungen der SPD belächeln konnte, der Himmel über dem Ruhrgebiet müsse wieder blau werden. Mittlerweile reagiert nämlich die Öffentlichkeit spürbar besorgter über die zunehmende Verschmutzung der Luft und Wasser sowie das Überhandnehmen von Abfallstoffen und störendem Lärm. Das scheint auch die von der CDU eingesetzte Kommission zur Fortschreibung des Berliner Programms gespürt haben. Während man in dem derzeit noch maßgeblichen Programmtexte von 1968 das Stichwort "Umweltschutz" vergeblich sucht, soll künftig in Teil III des neuen Programmewurfs, der die Überschrift "Staat, Bürger, Gesellschaft" trägt, ein detailliertes Umweltschutzprogramm aufgenommen werden. Hierbei wird ausdrücklich ein Recht des Menschen auf saubere Luft, reines Wasser, Schutz vor Lärm und offene Flächen für Erholung postuliert.

Die CDU nimmt damit Initiativen auf, für deren Verwirklichung die SPD bereits in ihrem Regierungsprogramm von 1961 eingetreten ist und die sie nunmehr unter der Bundesregierung Brandt/Scheel tatkräftig verwirklicht. Es sei in diesem Zusammenhang nur an die beabsichtigte Verstärkung der Gesetzgebungsauständigkeiten des Bundes auf dem Gebiet des Umweltschutzes erinnert. Der entsprechende Gesetzesentwurf hat den Bundesrat bereits passiert und wird demnächst den Bundestag beschäftigen. Ferner arbeitet die Regierung derzeit an einem groß angelegten "Umweltsofortprogramm" sowie an einem Abfallbeseitigungsgesetz und Radikalisierungsgesetz zum europäischen Detergentienabkommen. Alle diese Bemühungen verfolgen dasselbe Ziel: Der Luftverpestung, der Wasserverschmutzung, der steigenden Müllflut und dem überhandnehmenden Lärm Einhalt zu gebieten.

Angesichts der Schwierigkeit dieser Probleme ist es erfreulich, daß auch die CDU nunmehr die Dringlichkeit der Aufgabe erkennt und im Entwurf für die Fortschreibung ihres Parteiprogramms deutlich herausstellt. Diese Übernahme alter Forderungen der SPD sollte die CDU freilich nicht zum Anlaß nehmen, sich nun etwa selbst mit den Attributen "modern" und "dynamisch" zu schmücken. Ihre in der Vergangenheit zu den Fragen des Umweltschutzes beobachtete Haltung - Mahner wie Dr. Otto Schmidt und Hans Diefhans waren lange Zeit einsame Rufer in der Wüste - ist nämlich noch in zu frischer Erinnerung, um allzubald vergessen zu werden.

Eine ähnliche Strategie der Anpassung mit dem Zweck, unverkennbaren Nachholbedarf zu beseitigen, kann man im Bereich der Rechts- und Justizpolitik erkennen. Die einschlägigen Passagen des neuen CDU-Programmentwurfs lesen sich zum Teil wie Paraphrasen der Regierungserklärung der SPD/FDP-Koalition oder greifen Reformvorhaben auf, die von der jetzigen Bundesregierung schon längst in Angriff genommen worden sind. So sehr man sich über diese Unterstützung freuen muß, so ist sie wohl nur deshalb zustande gekommen, weil man in den Reihen der CDU inzwischen offensichtlich gemerkt hat, daß sich auch auf dem Gebiet der Rechts- und Justizpolitik durchaus Lorbeeren ernten lassen. Freilich bedarf es dazu auch eines energischen und entschlossenen Bundesjustizministers und keiner Kabinettspolitik, in der das Justizressort nur unter "ferner Diefen" rangiert. Hier ist denn auch erst ein grundlegender Wandel seit der Großen Koalition eingetreten, als erstmalig die SPD das Justizministerium übernahm. In diesem Zusammenhang seien nur die Namen Heinemann, Ebcke und Jahn erwähnt.

Die bisher festzustellenden Fortschritte im Bereich der Rechts- und Justizpolitik und die damit verbundene Diskussion über Aufgabe und Stellung des Richters im sozialen Rechtsstaat scheint in den Reihen der CDU freilich nicht nur den Ansporn ausgelöst zu haben, hier möglichst schnell lange Versäumnisse aufzuholen. Vielmehr sind auch deutlich ablehnende Stimmen zu hören, denen die ganze Richtung nicht paßt und deren Gewicht innerhalb der CDU nicht unterschätzt werden sollte. So wurde in der dem "Wirtschaftsrat der CDU" gehörenden Zeitschrift "Dialog" gegen die Meinung polemisiert, es sei Aufgabe einer modernen Rechtsprechung, die Freiheitsrechte des Bürgers durchzusetzen und Interessenkonflikte im Sinne der sozialen Gerechtigkeit zu entscheiden.

Nun ist ja der Wind, der aus dieser Ecke weht, inzwischen hinlänglich bekannt. Erst kürzlich wurde in derselben Zeitschrift beispielsweise auch gegen die im neuen CDU-Programmentwurf angeblich enthaltene Abkehr von den - wie es immer so schön heißt - "bewährten Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft" gewettert. Ob dann also das fortgeschriebene CDU-Programm im Bereich der Justiz- und Rechtspolitik in seiner Endfassung dem "Leitbild der dynamischen Demokratie" entsprechen wird, wie es die CDU-Präambel verheißt, bleibt bis zum Hamburger November-Parteitag ungewiß. Man kann nach alledem der CDU nur wünschen, daß sie noch recht lange Gelegenheit hat, ihre diesbezüglichen Vorstellungen im Schlepptau eines sozialdemokratischen Ministers abzuklären und zu aktualisieren.

Vor dem Abschluß der DDR-"Denkpause"

Dann wartet auf den Gesprächsauftakt aus Ostberlin

Die "Denkpause" in Ostberlin geht offensichtlich ihrem Ende entgegen. Die gemeinsame offizielle Erklärung der DDR-Regierung und des SED-Politbüros gibt einen deutlichen Hinweis auf die Tatsache, daß, nicht zuletzt als Ergebnis der Moskauer Beratungen des Ostgipfeltreffens und der Erörterungen des politischen Ausschusses des Warschaupaktes, nunmehr auch Ostberlin ganz folgerichtig und konsequent in die vom deutsch-sowjetischen Vertrag gezeichnete Bahn eingeschwenkt ist. Die DDR bewertet jetzt ohne Umschweife und ohne jede Einschränkung den Moskauer Vertrag als einen wichtigen Schritt zur Entspannung und zur Normalisierung der Situation in Europa, was den Interessen aller Völker entspricht und der Entwicklung aktiver zwischenstaatlicher Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz dienen wird.

Besondere Aufmerksamkeit sollte dann auf die folgende Passage des Ostberliner Kommuniqués gerichtet werden, die von der festen Überzeugung der beiden DDR- und SED-Führungsgremien spricht, daß es möglich sein würde, bei Anerkennung der territorialen Integrität und der Unverletzlichkeit der Grenzen der europäischen Staaten neue Erfolge auf dem Weg zur dauerhaften europäischen Sicherheit und zur Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz zu erreichen. Gerade die Formulierung des Absatzteils, der von der Anerkennung der territorialen Integrität spricht, sollte im gesamten Westen mit größter Intensität analysiert werden, weil es sich hierbei, wenn man die Sorgfalt in der Formulierung

solcher Ostblock-Kommuniqués bedenkt, nicht nur um eine bloße Wiederholung der bisher schon in Moskau, Warschau und anderen sozialistischen Hauptstädten verwendeten Wortwahl handeln muß. Die Frage der Verbesserung der Beziehungen zwischen Bonn und Ostberlin ist, obwohl sie natürlich in das Gesamtpaket der Beziehungen zwischen der BRD und dem Ostblock fest eingebettet ist, ein Problem besonderer Art, was nicht weiter begründet und bewiesen werden muß. Aber wenn Worte einen Sinn haben, und das haben sie hier zweifellos, dann ließe sich gerade aus dieser Formulierung herauslesen, daß man an einem für beide Seiten besonders heiklen Punkte vorbeigekommen zu sein scheint.

Die Bundesregierung hat zu erkennen gegeben, daß es abzuwarten bleibe, welche praktischen Forderungen die DDR und die SED aus dieser gemeinsamen Erklärung ihrer obersten Führungsgremien ziehen werden und wollen. Das Ostberliner Kommuniqué scheint anzukündigen, daß man in der DDR jetzt bereit sein könnte, das von Bonn erwartete "grüne Licht" zu geben. Bonn sieht dieser möglicherweise schon sehr nahen Entwicklung mit großer Aufmerksamkeit entgegen. Die Bundesregierung kann sich auf die Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 und auf die 24 Punkte stützen, die der Bundeskanzler in Kassel dem DDR-Ministerpräsidenten mit auf den Weg gegeben hatte. Das "grüne Licht" aus Ostberlin sollte zunächst die Bahn für die von Bonn vorgeschlagenen Expertengespräche freigeben, für die der Rahmen rasch und einvernehmlich zu stecken sein wird. Dann wird man weitersehen.

+ + +

Über den Daumen gepeilt

Die Milchmädchenrechnung des CDU-Politikers Dr. Stoltenberg

Der Historiker und Bundesminister a.D. Dr. Gerhard Stoltenberg liebt es, in der Öffentlichkeit als Wirtschafts- und Finanzexperte zu posieren und sich dadurch auch in seiner eigenen Fraktion, die hier über genügend unterschiedlich talentierte Bewerber verfügt, als künftigen Wirtschaftsminister zu empfehlen. Dabei gelingen ihm manchmal verblüffend unakademische Zahlenspiele wie etwa dieses: Die öffentlichen Investitionsmittel (Bund, Länder und Gemeinden) für den Schul- und Hochschulbau steigen 1969/70 nominal um rund 20 vH., d.h. von 4,5 Milliarden auf 5,4 Milliarden DM. Zugleich erhöhen sich die Baupreise um rd. 25 vH., woraus folgt, daß sich das tatsächliche Leistungsvolumen um gute vier Prozent vermindert, die realen Bildungsinvestitionen also erstmals seit 20 Jahren rückläufig sind.

An dieser Rechnung stimmt freilich so manches nicht. Der zweifelhafte Aussagewert derart globaler Feststellungen wird sichtbar, wenn man sich die Mühe macht, ins Einzelne zu gehen. Zunächst erscheint die Preissteigerungsrate von 25 vH. viel zu hoch angesetzt. Sie beträgt - nach dem Lagebericht des Bundeswirtschaftsministeriums über die Bauwirtschaft vom Juli 1970 sowie nach dem Preisindex für Bauwerke in "Wirtschaft und Statistik", Heft 6, 1970 - 20,9 vH. bei den am stärksten gestiegenen Kostenarten bzw. Bauleistungen, bei den anderen liegt sie zum Teil erheblich niedriger, mit durchweg abnehmender Tendenz. Dr. Stoltenberg müßte eigentlich wissen, daß die Kostenentwicklung in den einzelnen Sparten der Bauwirtschaft unterschiedlich verläuft. Über die Lage auf dem Schul- und Hochschulbausektor gibt es keine verlässlichen Erhebungen. Erst sie könnten die Behauptung rechtfertigen, daß die Investitionssteigerungen von den Inflationsraten verschluckt würden.

Es ist im übrigen das Versäumnis des damaligen CDU-Bundesministers für wissenschaftliche Forschung Dr. Stoltenberg selbst, daß sich die Möglichkeiten der Rationalisierung im Hochschulbau noch nicht auf die Kosten auswirken und ausländische Erfahrungen und Kapazitäten auf diesem Gebiet erst jetzt allmählich nutzbar gemacht werden können.

Dr. Stoltenbergs Absicht, das allgemeine Krisengerede der CDU/CSU durch Beispiele zu konkretisieren, ist zu begrüßen. Hier hat er allerdings eine Milchmädchenrechnung aufgemacht, die nicht überzeugen kann.

+ + +

Eider-Sperrdamm schützt vor Nordseesturmflut

Eine der größten Wasserbauten unserer Zeit

Eine der größten Wasserbauten unserer Zeit, das Sperrwerk an der Eidermündung an der schleswig-holsteinischen Westküste, wird voraussichtlich zwei Jahre früher als vorgesehen, nämlich schon im Herbst 1973, der Bestimmung übergeben werden. Allein der Dammbau durch das Eider-Delta mit den großen Schleusen kostet 170 Millionen DM, wovon die Bundesregierung den Löwenanteil trägt.

Den Beschluß, die Eidermündung abzuriegeln und einen küstennahen Landesschutzdeich zu errichten, wurde im Dezember 1963 im schleswig-holsteinischen Generalplan für den Küstenschutz gefaßt. Der Plan war nach der Februar-Sturmflut des Jahres 1962 erforderlich geworden. Er geht vor allem davon aus, daß die Nordseeküste durch eine möglichst kurze Deichlinie geschützt werden soll. Durch den Bau des Eider-Sperrwerkes wird die Deichlinie allein um 60 km verkürzt.

Das bedeutet, daß die Dämme an der Eider nicht mehr den Sturmfluten der Nordsee standzuhalten brauchen. Ferner wird durch das Sperrwerk sichergestellt, daß die Niederungen hinter den Eiderdämmen nicht mehr überschwemmt werden können. Durch das Eider-Sperrwerk wird ein Gebiet von 1.200 Hektar Größe von der Nordsee abgetrennt. Gegenwärtig sind 500 Arbeiter mit hochmodernen technischen Geräten dabei, den Damm beiderseits der Durchlaß-Schleusen im Wattenmeer aufzuspülen. Die Schleuse selbst gehört zu den größten Bauwerken dieser Art in der Welt. Das Sielbauwerk ist 224 Meter lang, hat fünf Öffnungen von je vierzig Meter Breite und kann im Fall der Sturmflut das Hinterland abriegeln. Über den Damm und durch das Sielbauwerk wird eine neue Straße geführt, die das Nordseebad St. Peter-Ording um 40 km näher an die Bundesstraße von Hamburg nach Dänemark heranbringt.

Das Eider-Sperrwerk wurde nicht angelegt, um neues Land für die Bauern einzukögen. Man will damit aber vorhandene Ländereien wertvoller machen und vor allem die Infrastruktur in diesem abgelegenen Raum an der schleswig-holsteinischen Westküste mit Hilfe des Bundes durchgreifend verbessern. So ist daran gedacht, im Wattenmeer hinter dem fünf Kilometer langen Damm auf trockengelegtem Sandboden auch ein neues Bade- und Kurzentrum zu errichten.